

28. ordentliche Mitgliederversammlung der AUNS:**Voten aus Deutschland: Schweiz muss eigenständig bleiben.
AUNS: Bilaterale I und II attackieren.**

Über 600 Mitglieder aus allen Landesteilen der Schweiz trafen sich in Bern zur 28. ordentlichen Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Für AUNS-Präsident Nationalrat Pirmin Schwander ist klar, dass mit Schengen und der Personenfreizügigkeit die de-facto-EU-Mitgliedschaft erfolgt ist. Deshalb müssen die Bilateralen I und II gekündigt werden.

Zwei Referenten aus Deutschland sprachen sich für die Eigenständigkeit der Schweiz aus. Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider aus Berlin zeigte auf, dass der Euro die Demokratie ernsthaft gefährde. Für den Düsseldorfer Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer ist das Abseitsstehen, wenn andere sich gleichschalten, nicht ungehörig oder unhöflich, sondern Grundlage eines freien Miteinanders unter Menschen.

Die AUNS konnte im Berichtsjahr 2012 Jahr 611 neue Mitglieder gewinnen und mit rund 3,6 Mio. Franken einen neuen Einnahmenrekord verbuchen. Aktuell weist die AUNS ein Reservekapital von 2 Mio. Franken aus. Damit ist die grösste überparteiliche Bewegung für Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie für die nächsten politischen Kämpfe gewappnet. AUNS-Geschäftsführer Werner Gartenmann überreichte den 1. AUNS-Anerkennungspreis an ein Mitglieder-Ehepaar aus der Innerschweiz, welches letztes Jahr Hunderte von Unterschriften für die AUNS gesammelt hat.

Nationalrat Pirmin Schwander konnte die AUNS-Mitglieder in Bern überzeugen, dass nicht neue bilaterale Verträge das Hauptproblem sind, sondern die bisherigen bilateralen Pakete I und II. Deshalb müsse die AUNS die EU-Personenfreizügigkeit und Schengen angreifen mit dem Ziel, diese für die Schweiz untauglichen Abkommen zu kündigen. Dieser Ansatz bringe die notwendige Dynamik in die EU-Politik und stoppe schliesslich auch das Ansinnen des Bundesrates, automatisch neues EU-

Recht und fremde Richter zu akzeptieren sowie die Schweiz über die bilaterale Hintertreppe in die EU zu führen.

Der deutsche Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider zeigte in seinem Referat auf, dass der EU-Binnenmarkt sich entgegen allen Illusionen nicht zu einem homogenen Wirtschaftsraum integriert habe, sondern trotz grosser Subventionen aus Unionsfonds die Divergenzen verstärke. Sein Bestand erzwingt die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im vereinten Raum, also eine Politik auch der sozialen Integration. Das gehe nur mittels eines grossen Finanzausgleichs, der alle überfordere und den grossen Unionsraum im Weltmarkt derart schwäche, dass er insgesamt seine Wettbewerbsfähigkeit verliere. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verliere Europa seine politische Kultur, nämlich Demokratie und Rechtsstaat und damit die Freiheit der Bürger. Nur ein europäisches Europa, eine Europa souveräner Völker kann ein Europa der Bürger sein. An einer solchen Union könnten auch die Eidgenossen mitwirken, ohne ihr grösstes Gut, die direkte Demokratie zu verlieren.

Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer aus Düsseldorf, Mitglied der deutschen FDP, erkläre, mit der Einführung der „Gemeinschaftswährung“ Euro seien die europäischen Völker in grossem Umfang währungstechnisch „zusammengerückt“. Währungspolitische Höflichkeitsabstände zueinander fielen hierdurch zwangsläufig fort. Die Gemeinschaftswährung mache damit (auch) unmöglich, unterschiedliche Mentalitäten der beteiligten Völker in gehörigem Abstand voneinander zu halten. Die Vereinheitlichung der Währung müsse daher unausweichlich (von allen Beteiligten) bald als Eingriff in den eigenen Freiheitsraum verstanden werden. Das andernorts als wesentlich anerkannte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ wandle sich in ein währungspolitisches und währungstechnisches Fremdbestimmtsein.

Kontakt:

NR Dr. Pirmin Schwander, Präsident: 079 400 29 93

Werner Gartenmann, Geschäftsführer: 079 222 79 73